federführendes Amt:	Amt 65 – SG Kreisliche Infrastruktur/ Straßenaufsicht
Antragssteller:	Dezernat III
Datum:	13.08.2020

Beratungsfolge**Termin****Bemerkungen**

Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt	09.09.2020	
Ausschuss für Haushalt, Finanzen/Beteiligungen	14.09.2020	
Kreisausschuss	16.09.2020	
Kreistag	07.10.2020	

Betreff:

Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6715, Abschnitt 030, OD Beeskow.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Vorbereitung des grundhaften Ausbaus der K 6715, Abschnitt 030, OD Beeskow vom km 2,793 bis km 3,778.

Sachdarstellung:

Die in den Jahren 1976/1977 grundhaft ausgebaute K 6715 ist im Jahr 1995 zur Kreisstraße aufgestuft worden. Die Fahrbahn in der Ortslage Beeskow ist bituminös befestigt. Die Fahrbahndecke wurde im Jahr 2004 erneuert.

Die Fahrbahn besitzt eine Breite zwischen 6,00 bis 6,30 m und weist begrenzt Schäden in der Asphaltdeckschicht auf (Flickstellen, Nahtsanierung).

In der 985 m langen Ortsdurchfahrt ist eine geschlossene Straßenentwässerung lediglich auf einer Länge von 511 m vorhanden. Niederschläge haben regelmäßig zur Folge, dass sich das Oberflächenwasser auf der Fahrbahn in den Bereichen ohne geschlossene Regenentwässerungsanlage staut.

Die einmündenden Gemeindestraßen sind teilweise asphaltiert und teilweise unbefestigt und entsprechen nicht den anerkannten Regeln der Technik.

Nach dem Kreisstraßenbedarfsplan (Stand 2012), der am 10. April 2013 vom Kreistag als Handlungsgrundlage für die Kreisverwaltung beschlossen wurde (Beschluss Nr. 014/26/2013), soll in den Jahren 2019-2022 der grundhafte Ausbau der Kreisstraße K6715 planerisch vorbereitet und im Jahr 2023 baulich realisiert werden.

Verkehrsbelegung:

Im Ergebnis der aktuellen Verkehrszählung (Stand: 12.05.2020) wurde folgende Verkehrsbelegung ermittelt:

<u>insgesamt</u>	<u>714 Kfz/24 h</u>
davon	690 PKW,
	24 LKW,
	19 Busse (ÖPNV).

Planerische Aufgabenstellung:

Die neue Straßenführung soll sich, entsprechend den Vorgaben der kreislichen Straßenbaubehörde, an der vorhandenen Trasse orientieren und in einer Breite von 6,50 m ausgebaut werden (Begegnungsverkehr von Bus/Bus). Zwangspunkte bilden vorrangig vorhandene Gehwege, der straßenbegleitende Baumbestand, die Bebauung mit ihren Umfriedungen, Zufahrten, Einmündungen und der Anschluss an die B 168.

Auf Grund der eingeschränkten Funktionsfähigkeit der alten Entwässerungsanlage ist diese durch eine neue, den anerkannten Regeln der Technik entsprechende Anlage zu ersetzen, welche dann auch die gesamte Straße in der Länge von 985 m entwässert. Die Stadt Beeskow ist Träger der alten und wird Träger der neuen Entwässerungsanlage. Ebenso ist sie auch Baulastträger der straßenbegleitenden Gehwege, Bushaltestellen und einmündenden Gemeindestraßen. Im Ergebnis der Vorabstimmung mit der Stadt Beeskow sollen die Gehwege, Bushaltestellen erhalten ggf. der neuen Straßenführung angepasst werden. Die bestehenden Schnittstellen mit der Stadt Beeskow werden in einer gemeinsamen Verwaltungsvereinbarung geregelt.

Mit der Verbreiterung der Fahrbahn ist eine zusätzliche Versiegelung von bisher unbefestigten Flächen verbunden. Sie ist mittels Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu kompensieren.

Träger öffentlicher Belange:

Die Träger der öffentlichen Belange, u.a. die untere Naturschutz-, Abfallwirtschafts- und Bodenschutz-, Denkmalschutz- sowie die Wasserbehörde sind im Rahmen der Erarbeitung der Vorplanung bereits beteiligt worden und haben ihre Zustimmung zum Straßenbauvorhaben signalisiert.

Finanzielle Auswirkungen: ja

Die Straßenbaumaßnahme wurde in die Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree 2020-2023 ff aufgenommen und durch den Kreistag bestätigt (Beschluss-Nr. 054/003/2019/1). Sie fand in den Haushaltsplänen ihre Berücksichtigung. Die voraussichtlichen Investitionskosten werden jeweils im Zuge des Planungsfortschritts weiter aktualisiert und in den nachfolgenden Haushaltsplänen fortgeschrieben. Das Fachamt beabsichtigt, eine Förderung des Straßenbauvorhabens beim Land Brandenburg zu beantragen.

Die Kreisstraße K 6715 (030) entspricht aufgrund ihrer Verkehrsbedeutung gemäß § 3, Abs. 4, Pkt. 1 des Brandenburgischen Straßengesetzes den Einstufungsmerkmalen einer Gemeindeverbindungsstraße und ist demnach zur Abstufung vorgesehen. Künftiger Träger der Straßenbaulast soll die Stadt Beeskow werden. Für den Fall der geplanten Umstufung wird der materiellen Instandspflicht des Landkreises durch die Erneuerung der OD Beeskow Rechnung getragen.

Derzeit wird an dem Straßennetzkonzept 2025 für den Landkreis Oder-Spree, unter Berücksichtigung der Strategie "Perspektiven für das Landesstraßennetz - Abstufungskonzept und Weiterentwicklung" des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg, gearbeitet, welches die Grundlage für weitere Abstufungsverfahren im Landkreis Oder-Spree bildet.

Deshalb steht zum jetzigen Zeitpunkt eine endgültige Entscheidung über die Abstufung der K6715 noch aus.

Nach Fertigstellung der Straßenbaumaßnahme bedarf die Ortsdurchfahrt Beeskow in den nächstfolgenden zehn Jahren keiner erheblichen Instandsetzungsmaßnahmen, der jährliche Unterhaltsbedarf wird sich innerhalb der nächsten fünf Jahre minimieren.

Investitionskosten der Maßnahme Kostenschätzung Stand 07/2019 für die OD Beeskow Planung und Bau 1.763.500,00 €		Objektbezogene Zuwendung gemäß der Rili KStB Bbg für die OD Beeskow (Stand 09/2019) 1.058.100,00 €
Veranschlagung im Haushalt Haushaltsplanung 2020 Bisher veranschlagt 30.000,00 € Ansatz 2020 158.000,00 € Ansatz 2021 44.000,00 € Ansatz 2022 81.500,00 € Ansatz 2023 1.450.000,00 € Gesamt 1.763.500,00 €	Produktsachkonto 54210.7852153010 54210.7852153010 54210.7852153010 54210.7852153010 54210.7852153010 54210.6811153010	 Gesamt 1.058.100,00 € 1.058.100,00 €

Stellungnahme der Kämmerei:

Für den grundhaften Ausbau der K6715-30 Ortsdurchfahrt Beeskow wurden im Haushaltsjahr 2019 finanzielle Mittel für Planungsleistungen in Höhe von 30.000 € bereitgestellt. Die bis Ende 2019 nicht verwendeten investiven Mittel wurden als Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2020 vorgetragen. Mit der Erarbeitung des Haushaltsplans 2020 wurde vom Fachamt ein weiterer Finanzmittelbedarf für Planungs- und Bauleistungen in Höhe von 1.733.500 € angemeldet und in den Finanzplan 2020-2023 aufgenommen. Des Weiteren wurden für das HH-Jahr 2023 Landeszuweisungen in Höhe von 1.058.100 € eingestellt.

Der verbleibende Eigenanteil des Landkreises in Höhe von 705.400 € kann aus investiven Schlüsselzuweisungen bzw. liquiden Mitteln des Landkreises gesichert werden.

gez. Jörn Perlick
Amtsleiter

.....
Landrat / Dezernent

Anlage:
Kartenauszug